



WORKFARE IS NOT FAIR

Gegen Lohndumping und Zwangsdienste – Ein-Euro-Jobs stoppen!

Seit Oktober letzten Jahres gibt es sie: Ein-Euro Jobs – freiwillig wie die vermittlungswilligen Wohlfahrtsverbände unermüdlich betonten. Seit Januar ist es vorbei mit der vermeintlichen Freiwilligkeit. Wer nun einen Ein-Euro Job ablehnt, bekommt je Verweigerung eine heftige Kürzung seines knappen Arbeitslosengeldes II. Viel entscheidender ist jedoch: mangels alternativer Zuverdienstmöglichkeiten (neben Schwarzarbeit) sind viele Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen gezwungen, eine solche Arbeitsgelegenheit für zusätzliche 1 bis 1,5 Euro anzunehmen. Wer dies angesichts eines Arbeitslosengeldes II, von dem allein die meisten definitiv nicht leben können, „freiwillig“ nennt, argumentiert zynisch und unsozial.

Genau das tun Sozialverbände wie Caritas, Diakonie, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt und Paritätischer Wohlfahrtsverband, sowie viele kommunale Beschäftigungsträger und diverse Verbände und Vereine. Viele Arbeitslosenzentren wollen bei Ein-Euro Stellen nicht nein sagen und die von den Arbeitsagenturen gezahlten Kopfprämien pro angebotener „Arbeitsgelegenheit“ zusätzlich zur kostenlosen Arbeitskraft einstreichen. Selbst linke Kulturzentren bemühen sich trotz Bauchschmerzen mit dem so unterstützten Lohndumping und dem unausweichlichen Zwangscharakter um die Einrichtung von Ein-Euro Jobs.

Bei so breiter Akzeptanz fiel es den deutschen Medien bislang nicht schwer, das Bild einer „glücklichen“ Ein-Euro JobberIn zu zeichnen. Doch es macht sich Unmut breit – sowohl unter den Arbeitslosen, als auch unter den (noch) Beschäftigten:

Denn mit der vermeintlichen „Zusätzlichkeit“ vieler bereits geschaffener 1 Euro Jobs wird es nicht so genau genommen. Neben Lohndumping gibt es also auch den Effekt der unmittelbaren Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. In mehreren uns bekannten Fällen wurde MitarbeiterInnen im Bereich der Altenpflege gekündigt und deren Stelle nachweislich als Ein-Euro Job neubesetzt.

Ganz im Sinne derer, die eine Ausweitung der Ein-Euro Jobs auf privatwirtschaftliche Betriebe fordern, werden mehr und mehr Fälle bekannt, in denen bereits jetzt private Unternehmen Ein-Euro-JobberInnen nutzen. Die Bedingung an einen Ein-Euro-Job, er müsse „im öffentlichen Interesse“ sein, wird so großzügig ausgelegt, dass zum Beispiel ein kommerzielles Unternehmen für Krankentransporte in Köln einen fest angestellten Mitarbeiter durch einen Mann ersetzt hat, der bei einem Krankenhaus auf 1-Euro-Basis arbeitet und von diesem „weiterverliehen“ wird.

Das vorgebliche Ziel, die Integration in den ersten Arbeitsmarkt, ist angesichts der hohen Massenarbeitslosigkeit und der faktisch nicht gegebenen Qualifizierungsmöglichkeiten nichts als haltlose Propaganda, mit der die Zwangsdienste schöneredet werden und die Erwerbslosen „motiviert“ werden sollen. In der Praxis könnte es sein, dass Ein-Euro JobberInnen eine Arbeitsgelegenheit nach der anderen durchlaufen.

Bei den Ein-Euro Jobs handelt es sich keineswegs um reguläre Arbeitsplätze, sondern um entrechtete und entgarantierte Zwangsdienste insofern, als dass es keinen Arbeitsvertrag gibt, keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Urlaub, keine tarifliche Entlohnung, kein Streikrecht, keinen Kündigungsschutz und keine Möglichkeit, Renten- und Arbeitslosenversicherungsanspruch aufzubauen.

Die verschärfte Repression „keine soziale Hilfeleistung ohne Gegenleistung“ (*workfare*), die durch die Ein-Euro Jobs auf die Spitze getrieben wird, wirkt disziplinierend und aussondernd zugleich. Wer den Forderungen nicht nach-

kommt, wird gänzlich ausgemustert, verliert alle Ansprüche. Durch immer mehr unzumutbare und erzwungene Regeln werden immer mehr Verstöße gegen diese Regeln provoziert. Immer mehr Menschen werden daher aus den sozialen Sicherungssystemen herausgedrängt.

Wir halten es für notwendig und aussichtsreich, in der Einführungsphase gegen diese entrechteten Pflichtdienste und damit gegen ein wesentliches Instrument dieses verschärften *workfare* mobil zu machen. Wir rufen auf, uns im Sinne einer kollektiven Selbstverteidigung gegen diese Zumutung zu wehren. Unsere Erfahrung aus dem Auftakt der *Agenturschluss*-Initiative am 3. Januar 05 haben gezeigt, dass sozialer Widerstand in diesem Bereich noch stärker an Alltagspraxis gewinnen und sich mehr an den konkreten Bedingungen auf dem Arbeitsamt bzw in den Ein-Euro Beschäftigungsstellen orientieren muss.

- ▶ Wir rufen Euch auf, die Ein-Euro-Job Profiteure öffentlich zu machen! Agenturschluss sucht schwarze Schafe (=Kopfgeldjäger) und listet die Beschäftigungs- und Koordinierungsstellen unter <http://www.labournet.de/agenturschluss/schwarzeschafe.php>.
- ▶ Untersuchungs-„Spaziergänge“ zu diesen Ein-Euro-Arbeitsstellen sind nützlich, um mit den dort Beschäftigten zu diskutieren und die Geschäftsführung mit unserem politischen Widerstand zu konfrontieren. Solche Besuche sind gleichermaßen Teil der Recherche als auch direkte Intervention. Mit einer Umfrage (<http://www.labournet.de/agenturschluss/fragebogen.html>) wollen wir die Bedingungen in der ARGE (der für die Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen zuständigen Arbeitsgemeinschaft aus Kommune und Arbeitsagentur) und in den Ein-Euro Beschäftigungsstellen untersuchen und dokumentieren.
- ▶ Wir fordern alle MitarbeiterInnenvertretungen, Betriebs- und Personalräte auf, die Einführung von Ein-Euro-Jobs in ihren Betrieben zu verhindern. Ein-Euro Jobs sind mitbestimmungspflichtig!
- ▶ Dort wo die Ein-Euro Jobs nicht verhindert werden konnten, fordern wir ausreichende Beratungs- und Organisierungsmöglichkeiten für Ein-Euro JobberInnen. Diese Minimalrechte sind eine Voraussetzung für selbstorganisierten Widerstand in den Beschäftigungsstellen. Richtet zusätzlich regelmäßige regionale/lokale Ein-Euro-JobberInnen-Versammlungen ein!
- ▶ Wir rufen darüber hinaus alle Beschäftigten auf, jegliche Form von Widerstand ihrer Ein-Euro KollegInnen in den Betrieben zu unterstützen – aus Solidarität und zur Absicherung der verbleibenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse.
- ▶ Wir rufen dazu auf, hochrangige Kirchenvertreter, deren Beschäftigungsträger im Ein-Euro Job Geschäft mitmischen, während der Gottesdienste zu „besuchen“. Gemeindebriefe und begründete Kirchenaus-tritte verschärfen die ohnehin schon vorhandene interne Kontroverse.
- ▶ Wir rufen auf zur Teilnahme am bundesweiten **Aktionstag gegen die Beschäftigungs- und Koordinierungsstellen von Ein-Euro-Jobs am 20. Mai 05**. Dazu wollen wir regional bedeutende Beschäftigungsträger besuchen, belagern und besetzen. Insbesondere werden wir die „Zwischenhändler“, die im Auftrag der ARGE die Vergabe der Ein-Euro-Jobs koordinieren und das Profiling durchführen, ins Visier nehmen. Mit diesem Aktionstag wollen wir unsere Demütigung und unser Gefühl von Ohnmacht punktuell überwinden und mit unserer Wut sichtbar werden.

Wir fordern alle Einrichtungen auf: Beteiligt Euch nicht am Ein-Euro-Job Geschäft! *Wir wissen um die widersprüchliche Lage, in der sich viele Einrichtungen in bezug auf die Einführung von Ein-Euro-Jobs wegen individueller Anfragen und Finanzierungsmangel befinden. Wir sehen jedoch in einem kollektiven Protest die einzige Möglichkeit, eine konkrete, politische Absage an diese Zumutung (für ArbeitnehmerInnen und als ArbeitgeberInnen fungierende Träger) zu formulieren. Wer sich am Ein-Euro Jobprogramm beteiligt, gräbt sich langfristig selbst das Wasser ab! Ein fortschreitendes Unterhöhlen qualitativer Standards durch die Ausweitung von Ein-Euro Jobs legitimiert die Streichung weiterer Stellen und Fördergelder.*

- **Wir lehnen die neuen Leitlinien der Arbeitsmarktreformer „Fordern statt Fördern“ und die damit verbundene unwürdige Verarmungspolitik grundsätzlich ab.**
- **Wir fordern ein bedingungsloses Grundeinkommen für ein würdiges Leben. Dieses müssen wir uns nicht erst verdienen!**
- **Ein-Euro-Kopfgeldjäger stoppen!**

Initiative Agenturschluss (www.labournet.de/agenturschluss)